

Bezugspreis:

Verteilt. M. — M. monatl. M. — M. frei ins Haus, wenn zahlbar. Postpreis: Monatlich 10. — M. evtl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei halbjährlicher Zustellung 21.50 M. Postgebühren nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Einzelbogen in die Postbetriebe. Der „Sonntags“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komposition ist frei. — 2. Teuerungszuschlag 50%. „Alte Anzeigen“, das ist gebuchte Wort, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellungnahme und Schlußzeilenmäßiger des ersten Wort 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2. — M. politische und gewerkschaftliche. — 2. M. die Seite ohne Ausschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Bureau eintreffen. Berlin S. W. 68, Lindenstraße 3, abzugeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S. W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 16. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S. W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

Annäherung in der Kohlenfrage.

Spa, 15. Juli. Bei der heutigen Zusammenkunft in der Villa Neubois wurden Reichsminister Dr. Simons die Grundzüge der Antwort der Entente auf die deutschen Vorschläge in der Kohlenfrage bekanntgegeben. Die Antwort wird heute abend schriftlich überreicht werden. Man erwartet, daß die deutsche Regierung ihre Antwort bis zur morgigen Sitzung des Obersten Rates, die um 11 Uhr im Schloß de la Freineuse beginnt, übergeben wird.

Die deutschen Vorschläge.

Spa, 15. Juli. Die Vorschläge der deutschen Delegation wegen der Regelung der Kohlenfrage haben folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf vorläufig 6 Monate den alliierten Regierungen monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung zu stellen.
2. Die alliierten Regierungen leisten den Gegenwert der Kohle bis zur Höhe des deutschen Inlandspreises durch Anrechnung auf das Reparationskonto; mit der Differenz zum Weltmarktpreis in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfrage anders bestimmt wird.
3. Während der Dauer der vorbezeichneten Kohlenlieferung bleiben die Bestimmungen der Entscheidung in der Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 9. Juli mitgeteilt und am 11. Juli abgeändert worden sind, außer Anwendung. Eine Erhöhung der monatlich abzuliefernden Tonnage durch den Wiedergutmachungsausschuss findet solange nicht statt.
4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Oberschlesien getroffen, durch das entweder die deutsche Regierung die Verteilung der ober-schlesischen Kohle zurückerhält oder ihr doch der monatliche Bezug von mindestens 1,5 Millionen Tonnen gewährleistet wird.
5. Es wird alsbald eine gemischte Kommission in Essen eingerichtet, deren Zweck es ist, die Mittel zu untersuchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Nahrung, Kleidung und Wohnung und damit die Erzeugung der Kohlenminen des Ruhrgebietes verbessern kann.
6. Die Alliierten erklären sich bereit, Deutschland zur Einführung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung sowie von Rohstoffen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Vorschub zu gewähren. Die Beratungen über den Vorschub werden im Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Finanzfrage alsbald unter Zuziehung der beiderseitigen Sachverständigen aufgenommen.

Wie weit kommt die Entente entgegen?

V. S. Spa, 15. Juli (Eigener Drahtbericht des Vorwärts). Die Besprechung zwischen Lloyd George, Millerand und Simons über die deutschen Gegenanträge fand am Sitz der französischen Delegation statt, deren Villa bekanntlich im Kreise die Residenz Kaiser Wilhelms war. Diese Besprechung erforderte eine Stunde bis acht Uhr abends auf der Terrasse des Schlosses. Es nahmen an dieser außer den drei Benannten nur noch teil Sir Phillip Kerr, der Sekretär Lloyd Georges und ein Dolmetscher. Millerand und Lloyd George waren über die Gegenanträge merkwaardigerweise noch nicht im vollständig im Bilde, weil die Übersetzung, noch nicht vorlag. Punkt für Punkt setzte nun Simons die Vorschläge auseinander. Das vorläufige Ergebnis der Besprechung ist, daß kein einziger Punkt abgelehnt ist. Nur der sechste Punkt (Vorschubermäßigung zur Einführung von Lebensmitteln und Rohstoffen für ganz Deutschland) scheidet vorläufig aus, er wird bis zu den Wirtschaftsbearbeitungen zurückgesetzt. Der Zweck, der Aufstellung dieses Punktes war nur, daß nicht in Deutschland der falsche Eindruck erweckt würde, als solle das Ruhrgebiet eine bevorzugte Behandlung in seiner Lebensmittellieferung erfahren gegenüber der übrigen deutschen Bevölkerung. Bei allen anderen Punkten sind zahlreiche Änderungen durch die Alliierten angekündigt, die heute abend noch erwartet werden. Ueber diese Änderungen werden am Freitag früh

die Sachverständigen, sobald das Kabinett unter Hinzuziehung eines kleinen Kreises von Sachverständigen beraten. Sodann wird das Kabinett die endliche Entscheidung treffen.

Es ist also eine wesentliche Entspannung eingetreten, und nach der ganzen Sachlage scheint eine gute Aussicht auf Verständigung zu bestehen. Ein übermäßiger Optimismus wäre jedoch nicht am Platze. Das steht auf dem Standpunkt, daß die verschiedenen Punkte unserer Gegenanträge, wenn sie im wesentlichen angenommen würden, einen Fortschritt bedeuteten, der es und evtl. ermöglichen würde, die sonst ungeheuerlichen Mehrleistungen und Ablieferungen durchzuführen, ohne das eigene Wirtschaftsleben zu ruinieren. Namentlich die bessere Lebensmittellieferung würde für die Arbeiterschaft in Ansporn sein, die Ueberschichten weiter durchzuführen, was bei der gegenwärtigen Lebensmittellage im Ruhrgebiet ganz ausgeschlossen ist. Würden jedoch die Zugeständnisse der Alliierten auf dem Ernährungsgebiet unzureichend sein, so bliebe und tatsächlich nichts anderes übrig, als die Ablehnung. Doch besteht vorläufig kein zwingender Grund, die Zugeständnisse auf diesem Gebiet als unzureichend voranzusehen.

Spa, 15. Juli. (Sonderbericht des „Vorwärts“.) Die Antwort der Alliierten, die zur Zeit der Unterredung in Villa Neubois in ihrem Text fertiggestellt wurde und deren Grundzüge dem Minister mitgeteilt wurden, soll heute abend schriftlich überreicht werden. Als feststehend darf betrachtet werden, daß auf der Gegenseite der ernsthafte Wille vorhanden ist, zu einer Verständigung zu gelangen und den deutschen Vorschlägen gegenüber Entgegenkommen zu zeigen. Die Tragweite der Modifikationen der deutschen Vorschläge läßt sich noch nicht übersehen. Ueber die Antwort der Alliierten verläutet aus Ententekreisen, daß die Alliierten bereit sind, für die Tonne Kohlen folgende Zahlung zu leisten: 5 M. Gold in bar und 35 M. Gold zur Guthabenseite auf Konto, das zur Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Verfügung gestellt wird. Diese Zahlung erfolgt jedoch nur, wenn die vorgeschlagene Lieferung von 2 Millionen Tonnen monatlich vollkommen eingehalten wird.

Auch in dem wichtigen Punkt der ober-schlesischen Kohlenlieferung scheint ein Einvernehmen sicher zu sein.

Annahme mit neuer Drohung.

In später Nachstunde trifft folgende Meldung ein:

Spa, 15. Juli. (Privatmeldung.) Ueber die Antwort der Entente erfährt die Agence Havas: Die Entente nimmt das deutsche Angebot auf Lieferung von zwei Millionen Tonnen Kohle monatlich für die nächsten sechs Monate, mit dem 1. August 1920 beginnend, an. Werden bis zum 1. November nicht sechs Millionen Tonnen geliefert, so sind bestimmte Gegen-maßregeln vorzusehen, die in der Besetzung deutschen Gebietes, sei es das Ruhrgebiet oder irgendein anderes, bestehen. Für die Verteilung der ober-schlesischen Kohle wird eine gemischte Kommission eingesetzt, der ein deutscher Vertreter angehört. Der Vorschlag der Kommission in Essen wird angenommen. Die Antwort verspricht schließlich die notwendigen Lebensmittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Grubenarbeiter.

Dann scheint es, als ob die Annäherung, die bisher in der Kohlenfrage konstatiert werden konnte, durch die erneute Drohung der Alliierten mit dem Einmarsch wieder gefährdet sei. Wenn das Darnochschwert der Besetzung noch weiter über Deutschland hinwegzögen, wird der Wert der Verständigung zunichte. Eine amtliche Stellungnahme deutscherseits zu dieser neuen Wendung konnte nicht mehr ermittelt werden.

Die „Dolmetscher“ treffen ein.

Spa, 15. Juli. Marshall Wilson, General Delegate und der Chef der italienischen Militärdelegation, General Maricetti, sind heute früh hier eingetroffen.

Das deutsche Angebot.

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Wertpeigerung der Zwei-Millionen-Tonnen-Leistung den sofortigen Einmarsch der Alliierten in das Ruhrgebiet zur Folge haben würde, hat die deutsche Delegation zu Spa den Verhandlungsgegnern einen neuen Plan von Voraussetzungen vorgelegt, unter denen sie die Erfüllung der gegnerischen Forderungen für möglich hält. In der Vorlegung dieses Planes liegt ein sehr weites Entgegenkommen, und wenn auf der anderen Seite wirklich etwas von dem guten Willen vorhanden ist, dessen man uns so oft versichert, dann sollte man denken, daß im Laufe des heutigen Tages eine Verständigung erzielt werden muß.

Ueber die Voraussetzungen, die von deutscher Seite für die Erfüllung der Ententeorderung aufgestellt sind, wird in Spa jedenfalls noch gesprochen werden. Von besonderer Wichtigkeit scheint uns unter ihnen zunächst die Oberschlesien betreffende Forderung zu sein. Stehen uns von den 2,6 Millionen Tonnen, die Oberschlesien jetzt produziert, 1,5 Millionen Tonnen sicher zur Verfügung, so wird dadurch die Zwei-Millionen-Tonnenleistung um etwas vermindert. Immerhin würde auch dann noch zwischen dem vorletzten deutschen Angebot und der nunmehr grundtätig aufgestellten Ententeorderung eine Spannung von etwa 400 000 Tonnen monatlich bleiben. Diese 400 000 Tonnen müßten teils durch vermehrte Förderung herausgeholt, teils durch verminderten Inlandsverbrauch eingeparkt werden.

Nicht minder bedeutungsvoll ist der Wunsch nach Anrechnung der gelieferten Kohle zum Weltmarktpreis. Es gehört zu den unangelegentlichsten Ungehörlichkeiten des Dokuments von Versailles, daß uns unsere Leistungen nur zum Inlandspreis angerechnet werden sollen. Denn infolge unseres schlechten Volustandes und der ständigen Preispolitik bleiben die Inlandspreise für viele wichtige Lieferungsgegenstände, besonders auch für Kohle, hinter den Weltmarktpreis weit zurück. Heute stellt sich der Weltmarktpreis für Kohle etwa auf 1200 M. pro Tonne, der Inlandspreis aber nur auf 230 M. Wenn die Franzosen unsere Kohle zu unserem Inlandspreis bekommen, so liegt darin ein starker Anreiz für sie, sie zum Weltmarktpreis in das Ausland weiter zu verkaufen. Es kann aber nicht der Zweck des Friedensvertrages sein, Schiebergeschäfte des französischen Kohlenhandels zu fördern.

Die Forderung, die deutschen Kohlenlieferungen nach dem Weltmarktpreis zu berechnen, ist nicht mehr als billig. Sie hat grundsätzlich die allergrößte Bedeutung, da der Friedensvertrag ohne Revision dieser grundsätzlichen Bestimmung zu einer geradezu infamen Auswucherung des deutschen Volkes führen müßte. Würde es bei den heutigen Weltmarktpreisen und bei der Berechnung der deutschen Leistungen zu Inlandspreisen, so würde die Summe der deutschen Leistungen, die zur Abtragung der Kriegsschuld notwendig ist, um das Vier- bis Fünffache erhöht!

Daß die Zwei-Millionen-Tonnen-Forderung ohne Erhöhung der deutschen Produktion unmöglich wäre, ist schon gesagt. Eine Erhöhung der Produktion ist wiederum nicht möglich, wenn nicht für bessere Ernährung und Kleidung der Bergleute gesorgt wird, und wenn nicht neue Unterkunfts-möglichkeiten für neu einzustellende Arbeiter beschafft werden. Umgekehrt würde die militärische Besetzung des Ruhrgebietes eine enorme Erhöhung des Wohnungsbedarfs, damit eine Verkleinerung der Unterbringungs-möglichkeiten für die Bergleute und damit eine Verminderung der Produktion herbeiführen. Die Entente verfährt volkswirtschaftlich zweifellos richtig, wenn sie den von der deutschen Delegation angezeigten Weg wählt und damit die Voraussetzungen schafft, um ihre enormen Ansprüche an die deutsche Kohlenproduktion zu befriedigen.

Die vermehrte Kohlenlieferung an die Entente bedeutet Verringerung jenes Kohlenquantums, das uns zur Verfügung steht, um ausländische Lebensmittel und Rohstoffe auszuführen. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, vorsichtweise andere Mittel bereitzustellen, durch deren Verwendung der deutsche Hunger nach Lebensmitteln und Rohstoffen gestillt werden kann. So folgt logisch aus dem einen das andere. Will die Entente nicht nur mit militärischen Drohungen ein Verprechen erpressen, das nachher doch nicht erfüllt werden kann, will sie wirkliche Leistungen, dann muß sie auch die Voraussetzungen erfüllen helfen, unter denen allein diese Leistungen möglich sind.

Man hat sich nun in Spa zusammengesetzt, um über den deutschen Plan zu verhandeln. Man will miteinander reden, wie es Kaufleute unter sich zu tun gewohnt sind, was natürlich notwendig ist, daß der eine Teil erst endlich einmal seinen Revolver wegsteckt, den er bisher noch jedesmal in kritischen Augenblicken aus der Tasche gezogen hat. Es ist weiter würdiger, daß man in Spa nicht bloß kaufmännisch, sondern auch volkswirtschaftlich denkt. Denn es kann nicht darauf ankommen, die Deutschen übers Ohr zu hauen und ihnen etwas abzapfen, was man Schwarz auf Weiß nach Hause tragen kann, sondern darauf, die Grund-

Der Prozeß gegen die ungarischen Volkskommissare.

Ermordung des Verteidigers Dr. Szanto!

Der Strafprozeß gegen die in Haft befindlichen Volkskommissare hat, wie und gemeinlich wird, bereits ein Todesopfer gefordert. Der Verteidiger des Angeklagten Santos, Dr. Stefan Szanto, ist Dienstag abend, unmittelbar nach der Verhandlung, in mysteriöser Weise ums Leben gekommen. Ueber die Einzelheiten des tragischen Todes ist bisher nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen. Doch steht fest, daß Dr. Szanto, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, wie alle übrigen Verteidiger, mit Drohbrieffen überhäuft wurde. Wenn die Verteidiger in der Verhandlung es wagten, etwas zugunsten der Angeklagten vorzubringen, oder Fragen an sie zu stellen, erhoben sich wüste Drohreden aus dem mit Beerdigungsoffizieren besetzten Zuhörerraum, ohne daß der Vorsitzende

dagegen einschritt. Der Anklagevertreter konnte sich gehalten, Dr. Szanto am Tage vor seiner Ermordung mit den wüsten und beleidigenden zu überhäufen, während vom Vorsitzenden Szanto das Wort abgelesen wurde, als er zu entgegennahm. Auch in der Presse waren die Verteidiger Gegenstand der wahnwitzigen Hebe. In demselben Tage, an dem Dr. Szanto starb, erschien in dem Organ der christlich-nationalen Vereinigung ein Artikel gegen die Verteidiger, der mit der Drohung schloß:

Nach der heutigen Erwarter werden wir die weitere Rolle der Verteidiger mit gesteigertem Aufmerksamkeits verfolgen, da die Verteidiger, wie es scheint, nicht so sehr an der Erforschung der Wahrheit mitwirken, als vielmehr nach außen Stimmung machen wollen.

Die „gesteigerte Aufmerksamkeit“ hat bei einem der Verteidiger nun bereits tödlichen Erfolg gehabt. Diese Blutspur ist eine neue Mahnung an die Arbeiterschaft, den Vorkott Szanto-Ungarns mit aller Schärfe fortzusetzen.

Groß-Berliner Stadtparlament. Vorstandswahlen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Einheitsgemeinde Berlin hatte gestern ihre konstituierende Sitzung. Bei der Begrüßungsansprache des Alterspräsidenten Genossen Pfann...

Alterspräsident Pfannkuch berief zu provisorischen Schriftführern die Stadtv. Bruns (Soz.) und Leib (U. Soz.). Zu Stimmzählern wurden Hittgen (Soz.), Kanasse (U. Soz.) und Merien (Dem.) bestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet der Alterspräsident an die Versammlung folgende Begrüßungsansprache: Einmal ist es erreicht, der sehnlichste Wunsch der übergroßen Mehrheit...

Das Selbstverwaltungsgesetz der Einheitsgemeinde ruht. Die widerstreitenden Interessen der einzelnen Glieder werden nicht über Nacht erlöschen, aber für den Ausgleich...

Ich will nicht unerwähnt lassen, daß der gesehlichen Entwicklung der Selbstverwaltung der Einheitsgemeinde durch die Steuerreform ein Stoßel genommen ist, der bisher verwundend und verletzend wirkte.

Wenn sich trotzdem das Volk mitvoll an den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens heranwagt, in dem Bewußtsein, daß nur intensive Arbeit mit Fähigkeit und Ausdauer zum Ziele führen kann...

Beg und Ziel zu weisen, in gemeinsamer Arbeit den Aufbau der Einheitsgemeinde zu fördern; möge unserer gemeinsamen Arbeit Erfolg beschieden sein!

Auf Antrag Lüdicke (Dnat. Rp.) wird § 1 der Geschäftsordnung dahin geändert: Den Vorstand der Versammlung bilden der Vorsteher und 3 Vorsteher-Stellvertreter mit gleichen Rechten.

Darauf schritt man zur Wahl des Vorstandes.

Zubeil (U. Soz.): Im Auftrag der U. Soz., der stärksten Partei dieses Hauses, schlage ich Ihnen den Herrn Kollegen Dr. Wehl als Vorschied vor.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Ueber den Wahlmodus entsteht anscheinend ein Zweifel. Dobe (Dem.): Wenn nicht Jurof beantragt wird, muß Jetteiwahl erfolgen.

Von 171 Jetteilern sind 28 weih, die 148 gültigen Stimmen sollen sämtlich auf Dr. Wehl. Die Verkündung des Ergebnisses wird mit laudem Beifall bei den U. Soz. begrüßt.

Dr. Wehl erklärt die Annahme der Wahl, übernimmt den Vorih und spricht zunächst dem Alterspräsidenten den Dank der Versammlung für seine Geschäftsfihrung aus.

er bittet, ihn durch freundliche Nachsicht und allseitige Mitarbeit in seinem verantwortungsvollen Amt zu unterstützen.

Die Wahlbewegung habe den Klassenkampf in hohen Wellen aufzulaufen lassen, und diese Kämpfe würden auch vor diesem Saale nicht halt machen; sie seien zu überwinden nur, wenn sie klar und deutlich öffenlich ausgetragen werden.

Nicht Chaos, nicht Anarchie, sondern Plan und System müsse in unsere Wirtschaft hineingetragen werden.

Die Versammlung schreitet zur Wahl der drei Stellvertreter. Zubeil: Wir wollen keine Geschäftsfihrungspolititreiben.

a. Ehnera (D. Rp.) schlägt Benede, Heimann (Soz.), Bruns, Lüdicke (Dnat.), Fabian zu Stellvertretern vor. Die drei Genannten werden durch Jurof gewählt und nehmen die Wahl an.

Zu Beisitzern werden ebenfalls durch Jurof gewählt: Merien, Frau Demming, Frau Hoppe, Frau Romm, zu Stellvertretern Frau Ludwig, Frau Schulze, Galle, Schütte.

Sodann wählt die Versammlung einen Ausschuh von 25 Mitgliedern zur Vorbereitung der

Wahl der Magistratsmitglieder, in dem ist die Soz. Partei durch Franz, Heimann, Ritter und Bernau vertreten.

Auch ein Ausschuh von 2 Personen für die Wahlprüfungen wird gewählt.

Der ersgenannte Ausschuh tritt Sonnabend um 5 Uhr zusammen.

Nachdem noch das Berliner Gemeindeblatt zum Publikationsorgan der Beschlüsse der Versammlung gewählt ist, wird die Sitzung gegen 17 Uhr geschlossen.

Räse und wuchte Bescheid von jedem Büschel Wolle. Oline hatte durchaus nicht freie Hand. Und bei der Rettung letztes Jahr, hatte sich Axel da als Herr gezeigt und sich freigebig erweisen?

Den Sommer über dachte Oline jeden einzelnen Menschen ab, der vorbeiging, sie pläsierte mit ihm und nickte und vertraute sich ihm an.

Eines Tages kam er mit einem Begleiter und einem Protokoll na Maaneland und unterjuchte und schrie und ging wieder heim. Aber drei Wochen danach kam er wieder und unterjuchte und schrie noch mehr, und diesmal öffnete er auch einen kleinen grünen Sögel am Bach und holte die Kindesleiche heraus.

Es war also nicht verwunderlich, daß Axel in großer Spannung war. Er hatte dem Schultheih seine Auslagen gemacht und nichts gelehnet. Das Kind war sein, und er hatte ihm mit eigener Hand ein Grab gegrahen.

Er sah nun allerdings nicht so aus, als ob er über viel zu gebieten hätte; als er ging, trug er ein Mädchen mit Mundborrat in der Hand, und seine Weste war nicht mehr blendendweiß.

Groß-Berlin

Umgestaltung des Rettungswesens.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, abgesehen von nie ganz ausbleibenden Mängeln, das Rettungswesen Berlins als mustergültig zu betrachten ist. In der Zukunft gilt es nicht nur diese Einrichtung zu erhalten, sondern sie auch auszuwehnen auf alle die Orte, welche im kommenden größeren Berlin vereinigt werden und denen solche Einrichtungen bisher noch fast gänzlich fehlen.

Wir wissen heute schon, daß auch das größere Berlin mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird und daß wir uns auch später der größten Sparsamkeit werden befleißigen müssen. Die Mittel, welche heute schon für das Rettungswesen aufgewendet werden, erscheinen so bedeutend, daß sie auch in Zukunft kaum vermehrt werden dürften.

Rum hat kürzlich der ärztliche Direktor des Berliner Rettungswesens, Herr Dr. Frank, die Pläne für den Ausbau des Rettungswesens in Berlin der Zukunft entwickelt. Diese Pläne laufen darauf hinaus, die Rettungswachen unter Anlehnung an vorhandene Krankenhäuser so zu verteilen, daß sie dem vorhandenen Bedürfnis vollständig genügen, aber weniger Kosten als bisher verursachen.

Bei dem regen Interesse, welches die Ärzteschaft dem Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege entgegenbringt, war es kein Wunder, daß diese Pläne sofort unter die Lupe genommen und eifrig diskutiert wurden. Man spricht schon von einer Verlegung der berechtigten Interessen der verletzten Arbeiter, von einer Schädigung der öffentlichen Gesundheitspflege und nur so nebenbei von einer Schädigung der ärztlichen Interessen.

Soweit allgemeine Interessen in Frage kommen, glauben wir die Deffenlichkeit beruhigen zu können, denn wie oben schon ausgeführt, besteht keineswegs die Absicht, die Möglichkeit zur Erlangung ärztlicher Hilfe in Rettungswachen zu mindern, sondern sie nur zweckentsprechender zu legen. Ein Vorhaben, welches von allen Kreisen der Bevölkerung nur begrüßt werden kann und weitestgehende Unterstützung finden mühte.

Schließlich wird es auch Aufgabe der Zukunft sein müssen, den ärztlichen Dienst in den Rettungswachen so auszubauen, daß derselbe nicht fast ausschließlich Vereinskraftsdiens ist, sondern daß er auch Gelegenheit findet, sich so weit als möglich praktisch zu betätigen. Bis her liegt es damit sehr im argen.

Geißler war nicht mehr der gleiche wie vorher, nein, die unständliche Erzählung hatte ihn ermüdet, er schien schläfrig zu werden. — Was nun auch der Grund sein mochte; ob vielleicht der Geist vom Morgen nicht mehr über ihm war? Er sah auf seine Uhr, stand auf und sagte: „Das muß gründlich überlegt werden, ich will darüber nachdenken. Du sollst meine Antwort bekommen, ehe ich abreife.“

Gegen Abend kam er nach Sellanraa zurück, ah ein wenig und ging zu Bett. Er schlief bis tief in den Tag hinein, schlief und ruhte aus, er war wohl ermattet nach der Zusammenkunft mit den schwebelnden Grubenbesigern.

„Hof hielt er eine Rede und sagte: „Es ist ganz enerlei, daß es jetzt nicht zu einem Verkauf gekommen ist, das wird schon noch werden. Vorläufig lege ich den Betrieb dort oben lahm. Das waren rechte Kinder, sie meinten, mich übers Ohr hauen zu können. Fast du gehört, daß sie mir fünfundsanzigtausend boten?“ — „Ja,“ sagte Hof. — „Rum,“ erwiderte Geißler und schenkte mit einer Kopfbewegung jede Art von Schandangebot und jeglichen Staubstorn weit weg. „Es schadet dem Bezirk hier oben gar nichts, wenn ich den Betrieb lahmlege, im Gegenteil, es wird die Leute veranlassen, ihr Land zu bebauen. Aber drumten im Dorf, da wird man's merken. Es ist ja im Sommer viel Geld unter die Leute gekommen, schöne Kleider und süßen Brei gab's für jedermann; damit ist's jetzt aus. Siehst du das Dorf hätte wohl gut Freund mit mir sein können, dann wäre es vielleicht anders gegangen. Jetzt habe ich zu gebieten.“

Er sah nun allerdings nicht so aus, als ob er über viel zu gebieten hätte; als er ging, trug er ein Mädchen mit Mundborrat in der Hand, und seine Weste war nicht mehr blendendweiß. Vielleicht hatte ihn seine gute Frau mit dem Rest der vierstatausend Kronen, die sie einmal erhalten hatte, für diese Reise ausgestattet, Geit weiß, ob das nicht der Fall war. Aber nun kommt er kahl heim!

(Fortf. folgt.)

Gegen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Aber eine viel wichtigere Sache, die er mit Geißler besprechen wollte, lag Axel Ström auf dem Herzen. Es war jetzt eine Unternehmung im Gange gegen Barbro. Ja, natürlich war die Sache herausgekommen, Barbro war guter Hoffnung gewesen, aber sie war krank und frei und ohne Kind von hier abgereist. Wie hing das zusammen? Als Geißler vernahm, um was es sich handelte, sagte er kurz und gut: „Komm mit!“ und führte Axel weit von den Gebäuden weg. Dann setzte er eine äußerst wichtige Miene auf und benahm sich wie eine Art Obrigkeit. Sie setzten sich am Waldeskaum nieder, und Geißler sagte: „So, nun laß mich hören!“

Natürlich war die Sache herausgekommen, wie hätte es auch anders gehen können! Die Gegend war nicht mehr menschenleer, und außerdem war Oline gekommen. Was hatte Oline mit der Sache zu tun? O, die! Und außerdem hatte sich Brede mit ihr verknüpft. Jetzt war an Oline nicht mehr länger vorbeizukommen, sie wohnte an Ort und Stelle und konnte Axel selbst allmählich ansprechen; sie lebte ja für verdächtige Sachen, ja sie lebte zum Teil davon, da war also wieder etwas mit der richtigen Bitterung! Eigentlich war Oline jetzt zu alt, um Haus und Vieh auf Maaneland zu versorgen, sie hätte es ausgeben sollen, aber konnte sie das? Hätte sie einen Ort, wo ein so großes Geheimnis verborgen lag, ruhig verlassen können? Sie brachte die Winterarbeit fertig, ja sie schändete sich auch noch den Sommer hindurch, es kostete sie große Anstrengung, und sie hielt sich nur durch die Aussicht aufrecht, einer Tochter von Brede etwas nachzuweisen. Raum fing im Frühjahr der Schnee an zu schmelzen, so fing sie an zu schnuppen und zu wintern, so fand sie den kleinen Sögel am Bach und erkannte sofort, daß der Kafen in Stücken aufgelegt war; sie hatte auch eines Tages das Gliid gehabt, Axel zu treffen, wie er das kleine Grab festtrat und es ebnete. Axel wuchte also auch von der Sache. Oline nickte mit ihrem grauen Kopf, jetzt war ihre Zeit gekommen.

Nicht Axels wegen. Axel war gar kein ungueter Mann, um bei ihm zu sein, aber er war sehr genau und zählte seine

